

MARKTGEMEINDE LICHTENAU

LANDKREIS ANSBACH

VORHABENBEZOGENER BEBAUUNGSPLAN NR. 41
MIT INTEGRIERTEM VORHABEN – UND
ERSCHLIEßUNGSPLAN UND GRÜNORDNUNGSPLAN

FÜR DAS SONDERGEBIET
"SOLARPARK BOXBRUNN SÜD"



SATZUNG

FASSUNG 12.11.2020



LANDSCHAFTSPLANUNG

Jörg Ermisch
Dipl.Ing (FH)
Gartenstraße 13
Tel. 09171/87549
www.ermisch-partner.de / info@ermisch-partner.de

Lucia Ermisch
LandschaftsArchitekten
91154 Roth
Fax. 09171/87560

PRÄAMBEL

Die Marktgemeinde Lichtenau erlässt als Satzung:

aufgrund der §§ 1, 2, 9,10 und 12 des Baugesetzbuches (BauGB) in Verbindung mit dem Art. 81 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) und dem Art. 23 der Gemeindeordnung (GO) und der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO), in den jeweiligen zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses gültigen Fassungen, den **Vorhabenbezogenen Bebauungsplan mit integriertem Vorhaben- und Erschließungsplan und Grünordnungsplan "Solarpark Boxbrunn Süd"** als Satzung.

Der Vorhabenbezogene Bebauungsplan mit integriertem Vorhaben- und Erschließungsplan und Grünordnungsplan besteht aus dem vom Büro Ermisch & Partner, Roth ausgearbeiteten Planblatt in der Fassung vom, zuletzt geändert am und dieser Bebauungsplansatzung.

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

1 RÄUMLICHER GELTUNGSBEREICH

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst die Flur-Nummern 601 und 612, Gemarkung Lichtenau, mit einem Gesamtumgriff von ca. 3,42 ha.

2 PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

2.1 Art und Maß der baulichen Nutzung

2.1.1 Art der baulichen Nutzung

Der Geltungsbereich wird als Sondergebiet Photovoltaikanlage im Sinne des § 11 Abs. 2 Baunutzungsverordnung (BauNVO) mit begleitenden Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft festgesetzt.

2.1.2 Maß der baulichen Nutzung

Im Geltungsbereich ist innerhalb der Baugrenzen die Errichtung von entspiegelten, fest aufgeständerten Solarmodulen zulässig.

Die Fundamentierung der Modulträger ist mit Schraub-, Ramm- oder Bohrpfählen durchzuführen, um die Bodenversiegelung so gering wie möglich zu halten.

Die Regelsystemhöhe der Photovoltaikanlage ist auf maximal 3,00 m, gemessen zwischen Moduloberkante und Ausgangsgelände, begrenzt.

Ferner ist innerhalb der festgesetzten Baugrenzen die Errichtung von eingeschossigen Betriebsgebäuden und Nebenanlagen, die der Übertragung, Umwandlung und Speicherung der Solarenergie dienen, mit einer Gesamtgrundfläche von insgesamt maximal 200 m² zulässig. Die zulässige Höhe der Gebäude ist auf eine maximale Traufhöhe von 3,20 m beschränkt, die ab natürlicher Geländehöhe gilt.

Die Grundflächenzahl (GRZ) wird mit 0,8 festgesetzt. Der Anteil der die Horizontale überdeckenden Gesamtmodulfläche darf somit 80% der Sondergebietsfläche nicht überschreiten.

2.1.3 Dauer der baulichen Nutzung

Die Nutzung des Geltungsbereichs als Sondergebiet ist gem. § 9 Abs. 2 Nr. 2 BauGB nur bis zur endgültigen Einstellung des Betriebes der Photovoltaikanlage zulässig. Die Anlage ist anschließend vollständig und fachgerecht zurückzubauen.

Als anschließende Folgenutzung des Geltungsbereichs wird die landwirtschaftliche Nutzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 18a BauGB festgesetzt.

2.2 Stellplätze und Nebenanlagen

2.2.1 Stellplätze

In Zuordnung zu Betriebsgebäuden und im Bereich der Zufahrten sind auf den Flurnummern 601 und 612 Gemarkung Lichtenau zwei Kfz-Stellplätze mit teildurchlässigen Belägen (Schotterrasen, Rasenfugenpflaster, großfugiges Pflaster) zulässig.

2.2.2 Nebenanlagen

Nebenanlagen im Sinne des § 14 (2) BauNVO für Transformatoren oder Wechselrichter sind zulässig. Ebenfalls zulässig sind Unterstände für Weidetiere bis zu einer Firsthöhe von 4,5 m soweit eine extensive Schafbeweidung des Solarparks erfolgt.

2.3 Ver- und Entsorgung

2.3.1 Verkehr

Die Haupteinschließung erfolgt über den Flurweg mit der Flur-Nr. 599/1, Gemarkung Lichtenau.

[Der Weg ist, ebenso wie der Flurweg Flur-Nr. 599 auch während der Bauphase jederzeit uneingeschränkt auch mit größeren landwirtschaftlichen Arbeitsmaschinen durchgängig befahrbar zu halten.](#)

Eine Zufahrt zu der Betriebsfläche und den Betriebsgebäuden ist mit wassergebundener Wegedecke und einer Breite von ca. 5,0 m Breite zulässig und mit entsprechenden Radien höhengleich anzubinden. Eine innere Erschließung ist, soweit technisch erforderlich, mit Grünwegen auf Schottertragschicht zulässig.

2.3.2 Blendwirkung durch Reflexionen

Blendwirkungen durch Reflexionen, die die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der BAB 6 gefährden könnten, sind durch den Anlagenbetreiber auszuschließen, so dass die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der BAB 6 nicht beeinträchtigt werden.

2.3.3 Niederschlagswasser

Niederschlags- bzw. Oberflächenwässer sind örtlich ohne spezielle Einrichtungen zu versickern. Dies gilt auch für Dachflächen möglicher Betriebsgebäude. Falls eine gezielte Versickerung von gesammeltem Niederschlagswasser in Versickerungsmulden erforderlich sein sollte, sind die Anforderungen des Arbeitsblattes DWA-A 138 zu berücksichtigen.

Die Anforderungen der Niederschlagswasserfreistellungsverordnung (NWFreiV) i.V. mit den Technischen Regeln zum schadlosen Einleiten von gesammeltem Niederschlagswasser in das Grundwasser" (TRENGW) sind zu beachten.

Mit wassergefährdenden Stoffen darf nur so umgegangen werden (Lagerung, Abfüllung, etc.), dass eine Verunreinigung von Boden, Grundwasser oder anderen Gewässern ausgeschlossen ist. Beim Bau des Vorhabens ist das WHG und das BayWG; hinsichtlich des Umgangs mit wassergefährdenden Stoffen die VAWS bzw. AwSV, zu beachten.

Falls eine Trafostation mit ölbefülltem Trafo eingesetzt wird, ist u.a. für Leckagen eine ausreichend bemessene Auffangwanne unter dem Trafo einzubauen.

Die nach der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) ggf. erforderlichen Maßnahmen nach § 34 und § 40 sind durch den Vorhabenträger gegenüber dem Landratsamt anzuzeigen und detailliert darzustellen.

2.3.4 Leitungen

Alle Leitungen zur Ver- und Entsorgung des Sondergebietes sind unterirdisch zu verlegen.

Zwischen den geplanten Baumstandorten und Versorgungsleitungen ist nach dem DVGW-Regelwerk, Arbeitsblatt GW 125 „Baumpflanzungen im Bereich unterirdischer Versorgungsleitungen“, ein Abstand von 2,50 m einzuhalten oder es sind geeignete Schutzeinrichtungen einzubauen.

Vor Beginn jeglicher Bautätigkeiten im Bereich der Versorgungsanlage ist eine Einweisung durch die N-ERGIE zwingend erforderlich. Für die Errichtung von Bauwerken und Modulen im Baubeschränkungsbereich der Leitung müssen die von Seiten der N-ERGIE Netz GmbH mit Schreiben vom 12.10.2020 genannten Anforderungen erfüllt werden.

Für die Errichtung der Photovoltaikanlage einschließlich der Technikgebäude bestehen grundsätzlich keine Einschränkungen, wenn diese vollständig außerhalb des eingetragenen Baubeschränkungsbereiches errichtet werden.

Der Schutzabstand (Baubeschränkungsbereich) ist rechtwinklig von der Mitte der N-ERGIE Freileitung bis zu den äußersten Konturen der geplanten Module bzw. der Technikgebäude zu ermitteln. Die Maße beziehen sich auf die Mitte des Spannungsfeldes. Eine Reduzierung der Schutzzone in Richtung des Leitungsmastes ist möglich.

Für die Errichtung von Bauwerken und Modulen im Baubeschränkungsbereich der Leitung müssen zusätzlich folgende Anforderungen erfüllt werden; Die nachfolgende Aufzählung dieser Voraussetzungen erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit:

- Die Masten bzw. die Station der betroffenen Spannungsfelder müssen mit Doppelisolatoren ausgerüstet sein. Die Kosten für eine eventuell erforderliche Nachrüstung sind grundsätzlich vom Vorhabenträger bzw. vom Verursacher zu übernehmen.
- Mit der Baumaßnahme darf erst begonnen werden, wenn die Leitung entsprechend nachgerüstet wurde.
- Der Abstand von den äußersten Konturen der Gebäude bis zu dem nächstgelegenen Leiterseil muss an jeder Stelle mindestens 5,50 m betragen, der Mindestabstand der Module (nicht begehbar) muss mindestens 3,50 m betragen.
- Dabei sind der größte Durchhang und das Ausschwingen der Seile zu berücksichtigen.
- Die Bedachung der Gebäude muss der DIN 4102, Teil 7 (harte Bedachung) entsprechen.
- Bei der Anlage von Straßen, Park- und Lagerplätzen ist ein lotrechter Abstand von 7,00 m bis zum untersten spannungsführenden Leiterseil einzuhalten.
- Der ungehinderte Zugang und die Zufahrt zur Leitungstrasse und den Maststandorten müssen für Reparatur- und Wartungsarbeiten jederzeit gewährleistet sein. Deshalb ist ein Wartungstreifen von 3,60 m beiderseits der Leitungssachse von jeglicher Bebauung freizuhalten.
- Tore sind so anzuordnen, dass die Zufahrt zu den Leitungstrassen auch für schweres Gerät, wie z.B. Unimog etc. möglich ist. Außerdem sind die Tore mit einer Doppelschließanlage auszustatten, bzw. muss ein Schlüsselkasten mit N-ERGIE-Schließung errichtet werden.
- Für Einfriedungen im Schutzzonenbereich der Leitung wird die Verwendung von nichtleitendem Material empfohlen.

Sollte wegen der Baumaßnahme eine Abschaltung der Freileitung (z. B. Kraneinsatz etc.) notwendig werden, sind grundsätzlich die hierfür anfallenden Kosten in vollem Umfang vom Vorhabenträger bzw. vom Verursacher zu tragen.

Die Möglichkeit einer Schutzabschaltung muss von Seiten der N-ERGIE mindestens 4 Wochen vor Baubeginn geprüft werden. Die N-ERGIE Netz GmbH; ist hierzu unter der Rufnummer 091 1 802-16856 erreichbar.

Bei Arbeiten in der Nähe von Versorgungsanlagen sind die geltenden „Sicherheitsvorschriften, Technischen Regeln“ sowie das Merkblatt für Freileitungen zu beachten.

Der Anschluss an unser Versorgungsnetz ist gesondert mit der N-ERGIE abzusprechen

Sollten durch die Baumaßnahme Drainageleitungen, die zur Entwässerung umliegender Flurstücke dienen, beschädigt werden, ist die Funktion dieser Drainagen durch den Vorhabenträger unverzüglich wieder herzustellen.

2.4 Grünordnung

Die grünordnerischen Maßnahmen sind spätestens in der nächsten Pflanzperiode nach der Fertigstellung der Hochbaumaßnahme und der Errichtung der Solarmodule umzusetzen.

2.4.1 Private Grünflächen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

Die im Planblatt festgesetzten privaten Grünflächen sind als extensives Grünland zu entwickeln und dauerhaft zu unterhalten.

Pflanzgebot A

Es ist eine Ansaat mit zertifiziertem autochthonem Saatgut durchzuführen.

Geeignete Ansaatmischung: Saatgut Herkunftsregion 12 "Fränkisches Hügelland" artenreiche Frischwiese mit 30% Kräuter/Blumenanteil. Artenzusammensetzung wie Mischung 02 der Rieger-Hofmann GmbH aus dem Produktionsraum 7 mit 3 g/m² Ansaatmenge oder gleichwertig.

Das Grünland innerhalb der Zäunung ist dauerhaft durch Mahd oder eine extensive Beweidung zu unterhalten. Hierbei sind, unter Berücksichtigung der Wuchsentensität und der technischen Erfordernisse (Verschattungsfreiheit), möglichst späte Mahdzeitpunkte außerhalb der Brutzeit mit einer Erstmahd ab dem 15.06. zu wählen. Alternativ können die Flächen durch eine extensive Schafbeweidung gepflegt werden.

Im Geltungsbereich ist auf den Einsatz von synthetischen Dünge- und Pflanzenschutzmitteln ebenso wie auf den Einsatz von Gülle und Chemikalien zur Reinigung der Module zu verzichten. Eine chemische Wildkrautbekämpfung ist unzulässig.

Im Rahmen der Grünflächenpflege ist durch den Anlagenbetreiber eine Kontrolle bezüglich einer Ausbreitung potentiell gefährlicher Wildkräuter, wie z.B. Ambrosia, durchzuführen. Ggf. ist eine ordnungsgemäße Beseitigung durchzuführen, um eine Ausbreitung zu vermeiden.

2.4.2 Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstiger Bepflanzung (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)

Auf den im Planblatt gekennzeichneten Standorten sind gem. den Festsetzungen der nachfolgenden Pflanzgebote Bäume und sonstige Vegetationsbestände zu pflanzen und zu pflegen. Für die Pflanzungen sind zertifiziert autochthone Pflanzen des Gehölz-Herkunftsgebiets Nr. 5.1 "Süddeutsches Hügel- und Bergland, Fränkische Platten und Mittelfränkisches Becken" zu verwenden.

Bei der Verlegung von Leitungen ist ein Mindestabstand von 2,50 m zu geplanten und vorhandenen Baumstandorten zu beachten. Wird dieser Schutzabstand unterschritten, sind geeignete Schutzmaßnahmen vorzusehen.

In den Bewuchsbeschränkungsbereichen der Freileitung sind die Auflagen der N-ERGIE Netz GmbH bezüglich einer Höhenbegrenzung der Pflanzung zu beachten.

Die zwischen Bundesautobahn 6 und der Freiflächenphotovoltaikanlage festgesetzten Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft können im Ausbafall jederzeit im erforderlichen Umfang durch die Autobahndirektion Nordbayern in Anspruch genommen werden.

Nach Beendigung der möglichen Baumaßnahmen sind die Gras- Krautsäume und Baumpflanzungen wieder herzustellen.

Pflanzgebot B

Pflanzung von 13 Hochstämmen mit Standortbindung auf den Flächen für an der nördlichen Geltungsbereichsgrenze.

Pflanzqualität: H 3xv STU 14-16 mDB

Geeignete Arten:

Prunus avium (Vogel-Kirsche)

Feld-Ahorn (Acer campestre)

Hainbuche (Carpinus betulus)

Elsbeere (Sorbus torminalis)

Die Bäume sind an einem Holzpfehl (Zopfstärke 8-10) anzubinden und in den ersten Jahren durch eine Kunststoffspirale vor Wildverbiss zu schützen.

Pflanzgebot C

Entwicklung von blütenreichen Krautsäumen durch Ansaat eines Schmetterlings-/Wildbienensaums auf Flächen für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

Es ist eine Ansaat mit zertifiziertem autochthonem Saatgut durchzuführen.

Geeignete Ansaatmischung: Saatgut Herkunftsregion 12 "Fränkisches Hügelland" Schmetterlings-/ Wildbienensaum mit 100% Kräuter/Blumenanteil. Artenszusammensetzung wie Mischung 08 der Rieger-Hofmann GmbH aus dem Produktionsraum 7 mit 1-2 g/m² Ansaatmenge oder gleichwertig.

Nach Bestandsentwicklung Pflege durch einmalige Mahd im Spätherbst oder Frühjahr (Erhalt von Winterstehern als Ansitzwarte und Winterfutter für Vögel) unter Abfuhr des Mähgutes. Nach entsprechender Ausmagerung kann die Mahd in zwei- bis dreijährigem Abstand erfolgen.

2.4.3 Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft, Ausgleichsmaßnahmen

Zum Ausgleich der Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft im Sinne des § 1a (3) BauGB, die der Bebauungsplan Nr. 40 ermöglicht, sind nach dem Leitfaden zur Eingriffsregelung in der Bauleitplanung und des Praxisleitfadens für die ökologische Gestaltung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen rein rechnerisch gerundet mindestens 2.330 m² Ausgleichsfläche notwendig.

Dieser Ausgleich kann durch die festgesetzten Maßnahmen innerhalb der Flächen für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auf einer anrechenbaren Fläche von 8.336 m² nachgewiesen werden, wobei auch die Einbindung in das Landschaftsbild, [Fallschutzzonen zu den umgebenden Waldbeständen und die Anbauverbotszone von 40 m zur Bundesautobahn A6 mit einbezogen](#) wurden.

Die zwischen Bundesautobahn 6 und der Freiflächenphotovoltaikanlage festgesetzten Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft können im Ausbaufall jederzeit im erforderlichen Umfang durch die Autobahndirektion Nordbayern temporär für die Baustelleneinrichtung und den Baustellenverkehr in Anspruch genommen werden, wobei die Baumreihe und Blühstreifen anschließend wieder herzustellen sind.

Für diese nach § 9 Abs. 1 Nr. 20 festgesetzten Flächen, die innerhalb der Anbauverbotszone liegen, ist aufgrund der Überkompensation im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 40 **und in Anlehnung an ein Ökokontomodell** für diesen Fall aus naturschutzfachlicher Sicht keine gesonderte Kompensation erforderlich.

2.4.4 Maßnahmen für den Artenschutz

Der Eingriff in Natur und Landschaft, der von dem Bebauungsplan Nr. 41 ausgeht, kann folglich im Sinne der Leitfäden vollständig ausgeglichen werden.

Innerhalb des Geltungsbereiches sind 2 Sitzkrücken für Greifvögel zu errichten. Die Aufstellhöhe soll zwischen 2,50 bis 4,00 m variieren.

Im Bereich der Flächen für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind drei Lesesteinhaufen mit einer Grundfläche von jeweils mindestens 2 x 2 m als Zauneidechsenhabitat anzulegen.

Gestaltung nach dem "Praxismerkblatt Kleinstrukturen Steinhaufen und Steinwälle" der karch Koordinationsstelle für Amphibien- und Reptilienschutz in der Schweiz (www.karch.ch) oder gemäß den Ausführungen der Arbeitshilfe "Zauneidechse" des Bayerischen Landesamtes für Umwelt.

2.4.5 Monitoring

Die korrekte Umsetzung der festgesetzten Ausgleichs- und Pflanzmaßnahmen ist durch eine ökologische Bauleitung vor Ort sicherzustellen. Die festgesetzten Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen sind mit Inkrafttreten des Bebauungsplanes an das LfU zu melden.

Bezüglich der Mahd oder Beweidung der Grünlandflächen sowie der Pflege der Heckenpflanzungen ist die erforderliche Pflegeintensität in Abhängigkeit von der tatsächlichen Vegetationsentwicklung gemeinsam mit der Unteren Naturschutzbehörde festzulegen.

3 BAUORDNUNGSRECHTLICHE GESTALTUNGSVORSCHRIFTEN

3.1 Dachform / Dachneigung / Dacheindeckung

Für technisch erforderliche Betriebsgebäude sind Pultdächer bis 20° und Flachdächer zugelassen. Die Firstrichtung ist möglichst parallel zu der Hauptausrichtung der Solarmodule anzulegen.

Als Dacheindeckung sind bei geneigtem Dach naturrote Ziegel zulässig. Ebenfalls zulässig ist die Errichtung von Modulen zur Erzeugung elektrischer Energie aus Sonnenlicht auf der südexponierten Dachhälfte ohne Aufständering. Nicht zugelassen sind Dacheindeckungen in bunter Einfärbung (außer Ziegelrot) und reflektierende Beschichtungen oder Materialien.

3.2 Gestaltung der Baukörper

Es sind klare und einfache Baukörper ohne Dacheinschnitte zu errichten.

3.3 Fassaden

Außenputz und Fassadenverkleidungen sind in gedeckten Farben zu halten. Holzfassaden und Fassadenbegrünung sind zugelassen.

3.4 Einfriedungen, Geländemodellierungen

Zu öffentlichen Wegen und den Nachbargrundstücken sind folgende Einfriedungen zulässig:

Maschendraht- oder Drahtgitterzäune bis zu einer Höhe von 2,00 m über OK Gelände mit einem ergänzenden Übersteigschutz bis 0,5 m Höhe.

Zwischen Zaununterkante und Geländeoberfläche ist ein Abstand von mindestens 15 cm vorzusehen. Die Zäune sind ohne durchlaufende Zaunsockel mit Zaunsäulen als Einzelfundament zu errichten. Die Lage der Zäune richtet sich grundsätzlich nach den Eintragungen im Planblatt. Zu vorhandenen Straßen und Wegen ist ein Abstand von mindestens 2,0 m einzuhalten. Bei angrenzenden landwirtschaftlichen Wegen sind Fahrgassen mit einer Mindestbreite von 4,0 m freizuhalten.

Geringfügige Geländemodellierungen sind nur im Bereich der Betriebsgebäude (Trafo und Wechselrichteranlagen, Stromspeicher) und der Zufahrten zulässig, wobei ein Massenausgleich herzustellen ist.

Größere Erdmassenbewegungen sowie Veränderungen der Oberflächenform sind unzulässig.

4 HINWEISE

4.1 Boden- /Baudenkmäler

Eventuell zu Tage tretende Bodendenkmäler (u.a. auffällige Bodenverfärbungen, Holzreste, Mauern, Metallgegenstände, Steingeräte, Scherben und Knochen) unterliegen gem. Art. 8 Abs. 1 – 2 DSchG der Meldepflicht. Bei Auffinden von Bodendenkmälern ist die Untere Denkmalschutzbehörde im Landratsamt Ansbach, Crailsheim-Str. 1, 91522 Ansbach, Tel.: 0981/468-4100 zu verständigen.

Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege, Dienststelle Nürnberg, Burg 4, 90403 Nürnberg, Tel.: 0911/23585-0 ist wenigstens drei Wochen vorher über die Aufnahme von Erdarbeiten zu informieren.

4.2 Lärmschutzanlagen der Bundesautobahn

Sollten, bedingt durch einen Ausbau der A6, Lärmschutzanlagen notwendig werden, hat der Anlagenbetreiber gegenüber dem Freistaat Bayern keinen Anspruch auf Entschädigung wegen Verschattung etc. der Photovoltaikmodule.

4.3 Emissionen aus der Land-/Forstwirtschaft

Eventuelle Staub- und sonstige Belastungen aus der ordnungsgemäßen Bewirtschaftung der umliegenden land- und forstwirtschaftlichen Flächen sind vom Anlagenbetreiber entschädigungslos hinzunehmen.

Bei Baumwuchshöhen von über 20 m in den Randbereichen umliegender Waldflächen an der Grenze des Geltungsbereichs, für die die festgesetzten Fallschutzzonen ggf. nicht mehr ausreichen, sind durch den Vorhabenträger mit dem betreffenden Waldbesitzer Haftungsausschlusserklärungen zu schließen, die diese im Schadensfall (z.B. bei Windwurf) von der Haftung freistellen.

4.4 Maßnahmen zur Feldmausbekämpfung

Bei starkem Auftreten von Feldmausschäden auf anliegenden land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken müssen ggf., zusätzlich zur natürlichen Mäusebekämpfung durch die vorgesehenen Sitzwarten für Greifvögel und im Rahmen der naturschutzrechtlichen Zulässigkeit, vorbeugende Bekämpfungsmaßnahmen auf dem Photovoltaikgrundstück durchgeführt werden.

5 INKRAFTTRETEN / AUFSTELLUNGSVERMERK

Der Bebauungsplan wird mit dem Tag der Bekanntmachung gem. § 10, Abs. 3 BauGB rechtsverbindlich.

Marktgemeinde Lichtenau

Lichtenau, den.....

Markus Nehmer, 1. Bürgermeister

geändert: